

Pressemitteilung der Jungen Union Rostock

vom 31.08.2020

Infostand „Kampf gegen Parkplatzchaos“

Pop-up-Parkplätze am 05.09. um 10:00 Uhr am Doberaner Platz

Als Reaktion auf die von Greenpeace-Aktivisten errichteten sogenannten „Pop-Up-Radwege“ will die Junge Union Rostock ab sofort mit „Pop-Up-Parkplätzen“ antworten.

Im Rahmen von Informationsständen will die Junge Union Rostock ab sofort ungenutzte Flächen mit mobilen Schildern als Parkplätze für Autos markieren und damit auf das Thema aufmerksam machen. Dies soll in Stadtteilen geschehen, wo die Parkplatznot besonders groß ist. Ihren Anfang machen die jungen Christdemokraten daher in der KTV am Doberaner Platz am Samstag, den 05.09.2020 um 10:00 Uhr.

„Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, dass sich der nutzbare Parkraum in den letzten Jahren ständig verkleinert und mittlerweile eine kritische Zahl angenommen hat. Es kann doch nicht sein, dass jeden Tag hunderte Rostocker und Einwohner aus dem Landkreis ersteinmal stundenlang im Stadtzentrum oder der KTV um die Blöcke kurven müssen nur um einen Stellplatz zu finden. Das Dauersuchen erzeugt mehr Abgase als jeder Stadtpark kompensieren kann.“ erklärt der Vorsitzende der Rostocker Jungen Union, Karl Raeuber.

Zudem will die Jugendorganisation der Rostocker CDU darauf hinweisen, dass der durch die Corona-Folgen geplagte Einzelhandel dringend besser für seine Kunden erreichbar sein muss. „Die Menschen fahren vermehrt zu den Shoppingmeilen vor den Toren der Stadt wo Parken sogar kostenlos ist. Die Parkraumverknappung in der Innenstadt beschleunigt das noch und bildet damit den Sargnagel für lokale Rostocker Läden. Dies gibt dem Onlinehandel einen weiteren Schub und dass dieser nicht die beste Umweltbilanz hat, sollte jedem klar sein.“ so Raeuber weiter.

Doch nicht nur der Einzelhandel, Handwerker, Pendler oder Pflegedienste leiden aus Sicht der JU unter der Parkraumverknappung. Auch die Anwohner der einzelnen Stadtteile sind immer mehr betroffen. Der Gleichbehandlungsgrundsatz der STVO, wonach keine Gruppe einer anderen im Straßenverkehr schlechter gestellt sein darf, sei aus Sicht der JU-Mitglieder so nicht mehr gegeben.

„Es mutet fast schon so an, als ob die Stadtverwaltung absichtlich Hürden für Menschen erschaffen will, die auf ein KFZ angewiesen sind. Dann sollte sie aber auch so ehrlich sein und dies den Betroffenen gegenüber offen sagen. Oder aber sie respektiert den Gleichbehandlungsgrundsatz und schafft endlich echte Lösungen.“ – sagte Karl Raeuber abschließend.

Die JU Hansestadt Rostock appelliert daher an die Stadtverwaltung, durch mehr Parkhäuser oder Tiefgaragen ein Plus an Abstellmöglichkeiten für Kraftfahrzeuge zu schaffen um damit die Umwelt sowie die Nerven vieler Menschen zu schonen.